

Stenographisches Protokoll

über die

7. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 11. Oktober 1913.

Inhalt:

Abwesenheitsanzeigen.

Petitionen.

Auflage.

Interpellation der Abgeordneten Dr. Puchas, Prijsing und Genossen an den Statthalter über den Stand der Südbahnverhandlungen.

Antrag der Abgeordneten Tomaschik, Riemer, Gölls, Huber und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Greith bei St. Marein bei Knittelfeld.

Antrag der Abgeordneten Riemelmoser und Genossen, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen im Oberlande.

Antrag der Abgeordneten Refel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Einziehung einer ständigen Landes-Kontrollkommission.

Antrag der Abgeordneten Dr. Schacherl und Genossen, betreffend Gehaltsregulierung oder Gewährung von Teuerungszulagen für die nicht in der Dienstpragmatik inbegriffenen landschaftlichen Diener, Aushilfsdiener, Bedienten und Arbeiter, einschließlich der Landes-Forstarbeiter.

Antrag der Abgeordneten Refel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Änderung der Wahlordnungen der Gemeinden mit eigenem Statut.

Antrag der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Refel und Dr. Schacherl, betreffend die Errichtung einer Erziehungsanstalt für Mädchen, welche der Fürsorgeerziehung bedürftig sind.

Antrag der Abgeordneten Refel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Sicherung der Krankheits- und Unfallversicherung, sowie der Altersversorgung für die Bezirksstraßeneinträger und Straßenmeister.

Antrag der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Refel und Dr. Schacherl, betreffend Subventionen für Suppenanstalten an Volks- und Bürgerschulen.

Antrag der Abgeordneten Schwab und Genossen, betreffend die Nachzahlung der rückständigen Bezirksstraßen-Subventionen.

Antrag der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Oswald.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Brandl, Schwab und Genossen, betreffend die Beseitigung des siebenprozentigen Tarifzuschlages der Südbahngesellschaft.

Antrag der Abgeordneten Berger und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Antrag der Abgeordneten Wagner, Riemer, Riegler, Tomaschik, Berger und Genossen, betreffend die Flüssigmachung der vom Landes-Ausschusse nicht ausbezahlten Straßensubventionen an die Bezirke.

Antrag der Abgeordneten Wagner und Genossen in Notstandsangelegenheit.

Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Verstorss und Genossen, betreffend die Gewährung von Unterstüzungen an die durch Hagelschlag, Gewitter und Überschwemmungen in den Gerichtsbezirken Mährenberg, Windischgraz, Schönstein und Oberburg geschädigten Grundbesitzer.

Antrag der Abgeordneten Huber, Josch, Gölls und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Wahl eines Landes-Ausschuß-Mitglieds aus der ganzen Landesversammlung (§ 3, a, b, c der Landesordnung).

Wahl eines Landes-Ausschuß-Mitglieds durch die Abgeordneten der Wählerklasse der Landgemeinden (§ 3, c, II der Landesordnung) und die Abgeordneten der im § 9 der Landtagswahlordnung unter Punkt 5 bis 10 angeführten Wahlbezirke der allgemeinen Wählerklasse (§ 3, c, IV der Landesordnung).

Wahl eines Mitglieds in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Erber.

Wahl von drei Mitgliedern in den Unterrichts-Ausschuß an Stelle der Abgeordneten Erber, Rohic und Rektor Hauke.

Wahl eines Mitglieds in den Petitions-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Kunz.

Wahl eines Mitglieds in den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten an Stelle des Abgeordneten Kunz.

Wahl eines Mitgliedes in den Wasserrechts-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Hagenhofer.

Zuweisung der Regierungsvorlage: Wasserrechtsgesetz (Beilage Nr. 26) an den Wasserrechts-Ausschuß.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einhebung von Abgaben zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung öffentlicher Wasserleitungen (Beilage Nr. 29);
2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 900.000 Kronen zum Zwecke des Ankaufes der Mithaller-Gründe (Beilage Nr. 71);
3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung einer Darlehensaufnahme zum Zwecke der Abstoßung der für die abgelassenen Leichenbestattungsanstalten ausstehenden Rauffschillingsreste (Beilage Nr. 72);
4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Einhebung einer Luftbarkeitssteuer (Beilage Nr. 79);
5. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 4 Millionen Kronen (Beilage Nr. 105);
6. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Erhöhung der für den städtischen Kranken- und Versorgungshausfonds eingehobenen Verlassenschafts-abgabe (des sogenannten Armenprozentes) (Beilage Nr. 106);
7. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung eines 40prozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer (Beilage Nr. 195);
8. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung einer Abgabe für Wein, Weinmost und Weinmaische (Beilage Nr. 227);
9. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Judenburg (Beilage Nr. 243);
10. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Genehmigung der Überlassung eines der Stadtgemeinde gehörigen Grundes für die Erbauung der II. Staatsrealschule (Beilage Nr. 244),
an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten;
11. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses zur Petition Nr. 91 ex 1909 des Anton Lämmel, Assistenten an der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Messendorf, um Verleihung der X. Rangsklasse ad personam (Beilage Nr. 60);
12. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Witwe des gewesenen Hilfslehrers Ludwig Heinisser, Anna Heinisser, um

eine Gnadenpension (Beilage Nr. 64);

13. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Systemisierung der drei provisorischen Stellen der Weinbau-Instruktoren in der XI. Rangsklasse (Beilage Nr. 69);
14. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der landeschaftlichen Bezirksärzteswitwe Johanna Auer um Weiterbelassung des bisherigen Erziehungsbeitrages für ihre vier Kinder zweiter Ehe (Beilage Nr. 73);
15. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einrechnung der vom Landes-Kommissär Dr. August Giettenhofer im Dienste der Stadtgemeinde Graz und der vom Landes-Kommissär Dr. Ludwig Koban im Staatsdienste und im Dienste der Stadtgemeinde Graz vollstreckten Dienstjahre zum Behufe der seinerzeitigen Pensionsbemessung (Beilage Nr. 85);
16. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Schaffung einer Extra statum-Stelle für die VII. Rangsklasse im Landes-Sekretariate (Beilage Nr. 86);
17. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an den Hausarbeiter Johann Engelbogen (Beilage Nr. 88);
18. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1911 (Beilage Nr. 248);
19. des Voranrages der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913 (Beilage Nr. 249);
20. des Voranrages der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1914 (Beilage Nr. 274);
21. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsabchlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1912 (Beilage Nr. 275);
22. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Landesauslage auf den Verbrauch von Bier (Beilage Nr. 277),
an den Finanz-Ausschuß;
23. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension für Rosa Faber, Witwe nach Friedrich Faber, Aufsichters der Landes-Irrenanstalt Feldhof (Beilage Nr. 140),
an den Petitions-Ausschuß.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 15 Minuten vor-mittags.

Vorsitzender: Landeshauptmann Erzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Eugen Megri, Dr. Karl Verstovšek.

Von Seite der Regierung anwesend: Seine Erzellenz Statthalter Manfred Graf Clary und Aldringen.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig, ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die gestern abgehaltene Sitzung ist aufgelegt; Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Ich habe zur Kenntnis zu bringen, daß die Herren Abgeordneten Freiherr von Kellersperg, Freiherr von Frahdeneck für die heutige Sitzung und Abgeordneter Moskar bis auf weiteres ihr Nichterscheinen durch Krankheit entschuldigt haben, desgleichen hat Herr Abgeordneter Dr. von Hofmann mich in Kenntnis gesetzt, daß er vormittag an der Landes-Schulratsitzung teilnehmen wird und daher etwas später im Hause erscheinen dürfte.

Es ist wieder eine größere Anzahl Petitionen zur Zuweisung zu bringen.

Ich beantrage, dem Finanz-Ausschusse zuzulassen folgende von mir bekanntzugebende Petitionen (liest):

„Petition Nr. 347, der steiermärkischen Ärztekammer in Graz, um eine ständige Unterstützung des Josef Wieser, Gemeindefeldarzt in Jennsdorf. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 348, der steiermärkischen Ärztekammer, um Stipendien an Gemeinde- und Distriktsärzte zum Besuche der ärztlichen Fortbildungskurse in Graz. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 349, der Landes-Bauassistenten des Landes-Bauamtes, um Verbesserung ihrer Vorstellungsverhältnisse durch Schaffung, beziehungsweise Systemisierung von neuen Stellen in der IX. und X. Rangklasse gegen Auflassung von gleich vielen Stellen in der XI. Rangklasse. (Überreicht durch Abg. Freiherrn von Kellersperg.)“

„Petition Nr. 350, des Franz Hütter, landsh. Hauswächters und Aushilfsdieners, um Pensionierung und eine Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Freiherrn von Kellersperg.)“

„Petition Nr. 353, der Maria Weher, Lehrerin in Gießlau, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 355, der Josefine Grdy, Oberlehrerwitwe in Bruck a. d. M., um Zahlung der Begräbniskosten von 196 Kronen für ihre verstorbene Mutter, Oberlehrerwitwe Adelheid Grdy, aus Landesmitteln. (Überreicht durch Abg. Wolfbauer.)“

„Petition Nr. 356, der L. L. Landwirtschafts-Gesellschaft für Steiermark, um eine Sub-

vention von jährlich 2000 Kronen auf die Dauer von fünf Jahren für Förderung der Geflügelzucht. (Überreicht durch Abg. Klammer.)“

„Petition Nr. 358, des Johann Kurz, Gastwirtes in Wies, um Rückerstattung der von ihm für den pensionierten Oberlehrer Karl Sabernigg verausgabten Arzt- und Begräbniskosten in Form eines Sterbequartales. (Überreicht durch Abg. Dr. Buchas.)“

„Petition Nr. 359, der Lehrerin Marie Grabner in Graz, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre bei Anerkennung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 360, der Theodora Gödl, Lehrerin in Graz, um Einrechnung von fünf Vierteljahre in die Pension. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 361, der Oberlehrerwitwe Anna Ostermayer in Raindorf bei Leibnitz, um Erhöhung ihrer Pension. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 362, der verheirateten Arbeitslehrerinnen, um Abänderung des Gesetzes vom 25. Juli 1905, § 1, Absatz 1, hinsichtlich des Anspruchs auf Pension. (Überreicht durch Abg. Otter.)“

„Petition Nr. 363, der Marktgemeinde Weiz, um Errichtung einer Bürgerschule in Weiz. (Überreicht durch Abg. Mosdorfer.)“

„Petition Nr. 364, der Johanna Pecovnik, Oberlehrerwitwe in Savodna bei Gills, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Kufobec.)“

„Petition Nr. 365, der staatlichen Lehrwerkstätte (Vorflechterschule) in Sankt Barbara in der Kollos, um eine jährliche Subvention von 1000 Kronen. (Überreicht durch Abg. Dr. Kufobec.)“

„Petition Nr. 366, der Ortsgemeinde Pöls im politischen Bezirke Judenburg, um Gleichstellung der Lehrerschaft mit den vier untersten Gehaltsstufen der Staatsbeamten. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 367, des Ortsschulrates Klein-Lobming, um Einreihung der dortigen Schule von der II. in die I. Gehaltsklasse. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 368, des Karl Srnka, Schulleiters in Maffing, Bezirk Rindberg, um Einrechnung von zwei Supplentenjahren in seine Pension. (Überreicht durch Abg. Prisching.)“

„Petition Nr. 369, der Stadtgemeinde Graz, um eine Landes-Subvention für die städtischen Theater für 1911. (Überreicht durch die Abg. Dr. von Kanan, Dr. Kratter, Krebs und Pichler.)“

„Petition Nr. 370, der Stadtgemeinde Graz und des Theaterdirektors Julius Grevenberg, um eine Landes-Subvention für die städtischen Theater für 1912. (Überreicht durch die Abg. Dr. von Raan, Dr. Kratter, Krebs und Pichler.)“

„Petition Nr. 371, des Leopold Cull, Oberlehrers in Doberna, um Aufhebung der Unterlehrerjahre-Dritteln und Einrechnung der gesamten Dienstzeit für die Berechnung der Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. M. Stallner.)“

„Petition Nr. 372, der Franziska Zmerzlikar, Oberlehrerwitwe in Riez, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 373, des Privat-Pensions-Institutes für Witwen und Waisen der Volksschullehrer in Steiermark, um eine Beihilfe von 300 Kronen für das Jahr 1912. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 374, der Frauenvereine für Kinderbewahr- und Rippen-Anstalten in Graz, um Erhöhung der Remunerationen der vier Kindergärtnerinnen. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 375, des Engelbert Weberhofer, Oberlehrers in Radmer, um Vollarrechnung der Unterlehrerjahre. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 376, des Rechnungsführers des steiermärkischen Schullehrer-Pensionsfonds Anton Weiser, um Belassung seiner Jahresremuneration als Ruhegehalt. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 377, des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich in Wien, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 378, von zehn Teilnehmern des II. Kurses zur Heranbildung von Zeichenlehrern in Graz, um eine Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 379, der Kunigunde Hütter in Graz, Landhauswächterwitwe, um eine Gnaden-Witwenpension und einen Erziehungsbeitrag. (Überreicht durch Abg. Dr. Leopold Link.)“

„Petition Nr. 380, des Roman Stremiker, Lehrers in Eggenberg, um einen Kostenbeitrag des Kurses zur Heranbildung von Fachlehrern für kauf-

männische Fortbildungsschulen. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 381, der Teilnehmer am Fachkurse zur Heranbildung von Lehrern für die gewerblich-kaufmännischen Fächer an der k. k. Gewerbeschule in Graz, um Studienbeiträge. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 382, des Turnvereines „Eiselen“ in Graz, um einen Beitrag zur Erbauung eines Denkmals. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 383, des Konventes der Barmherzigen Brüder in Graz, 1. um Bürgerschaftsübernahme für ein Darlehen per 150.000 K. zur Erstellung eines Zu- und Neubaus zum Ordensspitale in Graz, 2. um eine Spende für diesen Bau, 3. um Erhöhung der bisherigen Subvention von 4000 K. auf 6000 K. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 384, der Gabriele v. Kalchberg, Landes-Buchhalterwitwe in Graz, um Erhöhung ihrer Pensionsbezüge um 400 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 385, der Stadtgemeinde Hartberg, um eine Subvention für die Mädchenbürgerschulerhaltung in Hartberg. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 386, der Stadtgemeinde Hartberg, um Erhöhung des Landesbeitrages zur Erhaltung des einjährigen Lehrkurses (IV. Klasse) an der Landes-Bürgerschule in Hartberg. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 388, der Gemeindevorsteherung Donawitz, um Errichtung einer Doppelbürgerschule. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 389, der Albertine Dtt, landchaftl. Professorswitwe in Graz, um Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 200 K. (Überreicht durch Abg. Welisch.)“

„Petition Nr. 390, der Literarischen Lehrerinnen im Stadtschulbezirke Graz, um Vermehrung der Arbeitslehrerinnenstellen in Graz. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wollenhof.)“

„Petition Nr. 391, des Unterstützungsvereines der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien, um eine Subvention pro 1912/13. (Überreicht durch Abg. Brandl.)“

„Petition Nr. 393, der Henriette Zeller von Zellhain, Oberlehrerin in Graz, um Aufhebung der Unterlehrerjahrdritteln. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 394, des Stadtrates Graz, um Schaffung eines Landesgesetzes, betreffend die Regelung der Lehrergehälter. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 395, des Dienstmädchenschulvereines in Graz, um eine Subvention pro 1913. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 396, der Maria Gutsmandl, geb. Lehrerin in Reifnig a. d. Kärntnerbahn, um Weiterbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 397, des Johann Lang, Lehrers in Wies, um Nachsicht einer Dienstzeitunterbrechung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 399, der Marie Kossbacher, Krankenhausverwalterswitwe in Graz, um Erhöhung der Erziehungsbeiträge für ihre drei Kinder. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 400, der Marktgemeinde Laufen, um Verlängerung der Frist zur Abzahlung des unverzinslichen Darlehens für die Errichtung einer Wasserleitung. (Überreicht durch Abg. Robič.)“

„Petition Nr. 402, des Vereines der Polizeiangestellten für Steiermark und Kärnten, um Abänderung des § 28 der Gemeindeordnung, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zur Gewährung entsprechender Bezüge, Ruhe- und Versorgungsgenüsse an ihre Polizeiangestellten. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 403, des Vereines zur Unterstützung armer Greisuten in Graz, um eine Subvention für das Jahr 1913. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 404, des Vereines zur Verwaltung des Kaiser Franz Josef-Studentenheimes an der k. k. Hochschule für Bodenkultur in Wien, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Grafen Attems.)“

„Petition Nr. 405, der Kessy Possanner Edl. von Ehrenthal, landschaftl. Hauptkassierswitwe in Graz, um den Fortbezug der Gnadengabe jährlicher 150 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Link.)“

„Petition Nr. 408, des Zentralkomitees in Wien zur Schaffung der österreichischen

Luftflotte, um Förderung der Aktion einer österreichischen Luftflotte durch Gewährung einer Subvention. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 409, der k. k. Gesellschaft für Landespferdezucht in Steiermark, um eine Jahressubvention von 2000 K. für den Titel Betriebskosten. (Überreicht durch Abg. Grafen Attems.)“

„Petition Nr. 410, des Dr. Josef Gmeiner, Primararztes des allg. öff. Krankenhauses in Leoben, um Einrechnung von drei Assistentenjahren. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 411, der Ludmilla Breznik, Distriktsarzteswitwe in Graz, um eine Gnadenpension. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 413, des Georg Hechenberger, Lehrers in Eisenerz, um eine Unterstützung für den Besuch der Kurse für Zeichenlehrer in Brünn in den Jahren 1912 und 1913. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 414, des Bezirkschulrates Bruck a. d. M., um Regulierung der Gehälter der Lehrerschaft Steiermarks. (Überreicht durch Abg. Capra.)“

„Petition Nr. 415, des Landes-Oberbaurates Moiz, Notar, um Dienstzeiteinrechnung in die Pension. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 416, des Dr. Anton Buchmüller, Distriktsarztes in Donawitz, um Belassung seiner bisherigen Bezüge im Ausmaße von 2400 K. ab 1. Jänner 1913. (Überreicht durch Abg. Sedlacek.)“

„Petition Nr. 417, der Franziska Tantscher, Lehrerswitwe in Graz, um Weiterbezug der Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 418, der Stadtgemeinde Friedberg, um ein unverzinsliches Darlehen per 16.000 K. zur Ausgestaltung der Trinkwasserleitung. (Überreicht durch Abg. Gerlich.)“

„Petition Nr. 419, des Bezirkschulrates Aflenz, um Regelung der Lehrergehälter. (Überreicht durch Abg. Wöls.)“

„Petition Nr. 420, des Vereines „Grazer Schülerhort“, um eine Subvention für das Jahr 1914. (Überreicht durch Abg. Dr. Otter.)“

„Petition Nr. 421, der Bezirkschulräte des politischen Bezirkes Gröbming, um Regulierung der Lehrergehälter mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Oberlande. (Überreicht durch Abg. Schwab.)“

„Petition Nr. 422, der Mittelschuldiener von Steiermark, um Umbwandlung der Naturalwohnung in eine Dienstwohnung. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 423, der Theresie Kleindienst, def. Lehrerin in St. Oswald bei Gratwein, um Vollanrechnung der Unterlehrerjahre und Zuerkennung von Dienstalterszulagen. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 424, des Heinrich Schweighofer, Laboranten an der Landes-Oberrealschule in Graz, um Anerkennung seiner Wohnung als Dienstwohnung und Nachlaß des Abzuges der halben Aktivitätszulage. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 425, der Anna Höfler, geb. Schönberger, Lehrerin i. R. in Graz, um Erhöhung ihrer Pensionsbezüge. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 426, der Leitung der Lehrera Akademie in Graz, um eine Subvention. (Überreicht durch Abg. Dr. Hofmann von Wellenhof.)“

„Petition Nr. 427, der Maria Deschmann, Landes-Oberrealschul-Professorswitwe in Graz, um Fortbezug der Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Dr. von Raan.)“

„Petition Nr. 428, des Salzammergut-Hoteliervereines in Söchl, um Förderung des Umbaues der Pötschenpaßstraße. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 429, des Gustav Minichhofer, landschaftl. Amtsdieners, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 430, des Landes-Oberbaurates i. R. Alois Notar in Graz, um Dienstzeiteinrechnung für die Pension. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 431, der Karla Sarkamp, Landes-Ackerbau-Schullehrerswitwe in Graz, um Erhöhung der Witwenpension. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 432, des Josef Griendl, Lehrers in Gills, um Anrechnung seiner Dienstesunterbrechungen für die Pensions-, Gehaltsstufen- und Dienstalterszulagenbemessung. (Überreicht durch Abg. Dr. Kratter.)“

„Petition Nr. 433, des Rinderschuh- und Fürsorgevereines in Trisail, um Entlohnung der zwei in Trisail wirkenden Rindergärtnerinnen aus dem Landesfonde. (Überreicht durch Abg. Dr. Benkovič.)“

„Petition Nr. 434, der Rechnungsoffiziantinnen der steiermärkischen Landes-Buchhaltung, um Einreihung in die Gruppe E der Dienstpragmatik mit eventueller Beschränkung. (Überreicht durch Abg. von Fehrer.)“

„Petition Nr. 435, des Schutzverbandes alpenländischer Brauereien, um Abstandnahme von der Erhöhung der Landes-Bieraufgabe. (Überreicht durch Abg. Pfersch.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 352, der Theresie Pölz, landschaftl. Amtsdienerswitwe in Graz, um Gewährung einer Unterstützung. (Überreicht durch Abg. Krenn.)“

„Petition Nr. 354, der Maria Molini, landwirtschaftlichen Fußbeschlagesgehilfenswitwe in Graz, um Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe für die Jahre 1912, 1913 und 1914. (Überreicht durch Abg. Hagenhofer.)“

„Petition Nr. 387, der Marianne und Hedwig Mitransky, Landes-Gebäudeinspektorsweisen in Graz, um Fortbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Einspinner.)“

„Petition Nr. 392, der Katharina Eberstaller, gewesenen Hausmutter des Waisenknabeninstitutes in Graz, derzeit in Loosdorf an der Westbahn, um Weiterbezug der bisherigen Gnadengabe jährlicher 200 K. (Überreicht durch Abg. Dr. Linz.)“

„Petition Nr. 398, der Antonia und Marie Koren, Lehrersweisen in Präbali, um Fortbezug ihrer Gnadengabe. (Überreicht durch Abg. Erber.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Petitions-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Wasserrechts-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 407, der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen in Wien, mit Vorlage der Beschlüsse des erweiterten Aktions-

Komitees zur Begutachtung des neuen Wasserrechtsgesetzentwurfes. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Wasserrechts-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 351, der Landwirtschaftlichen Filiale Arnfelds, um Förderung des Baues der Eisenbahn Marburg—Wies. (Überreicht durch Abg. Reger.)“

„Petition Nr. 357, der Bezirksausschüsse Kirchbach, Leibnitz und Wildon und der Gemeinden Kirchberg a. d. R., Studenzen, Wörth und Oberdorf, um Aufnahme der Eisenbahntrasse Studenzen—Kirchbach—Leibnitz in das Landes-Eisenbahnbauprogramm und Subventionierung derselben. (Überreicht durch Abg. Dr. Puchas.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangenden Petitionen beantrage ich dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 401, des österreichischen Tonindustrievereines in Wien, in Vertretung der österreichischen Ziegelindustrie, um Einführung des kleinen Ziegelformates. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

„Petition Nr. 406, des H. Buchleitner, Ingenieurs in Salzburg, um Förderung der Bestrebungen zur Bildung einer „Alpenländischen Wasserkraft-Kommission“ und zur rationellen Verwertung der Wasserkräfte. (Überreicht durch Abg. Stallner.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen als dem Landeskultur-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Aufgelegt wurde heute:

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhöhung der Subvention zur Bekämpfung des infektiösen Scheidenkatarths der Kinder von 2000 K. auf 4000 K. (Beilage Nr. 197.)

Antrag der Abgeordneten Riemer, Tomaschitz und Genossen, betreffend die Einführung einer allgemeinen Landes-Viehversicherung. (Beilage Nr. 229.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark. (Beilage Nr. 230.)

Antrag der Abgeordneten Johann Krenn und Genossen wegen ehester Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 9. November 1908 bezüglich der Erlangung von Baugewerben unter erleichterten Bedingungen für das flache Land. (Beilage Nr. 231.)

Antrag der Abgeordneten Kiegler und Genossen hinsichtlich Entschädigung bei Rauf- und Milzbrandunfällen. (Beilage Nr. 232.)

Antrag der Abgeordneten Wastian, Reger, Ortnig und Genossen, betreffend die Errichtung eines staatlichen landwirtschaftlichen Lehrer-Fortbildungskurses an der Landes-Obst- und Weinbauschule in Marburg. (Beilage Nr. 233.)

Antrag der Abgeordneten Brandl, Riemelmoser, B. Franz, Dr. von Kaan und Genossen, betreffs der Erhöhung der Tarife auf den k. k. Staatsbahnen bei Ausfuhr von Rundholz. (Beilage Nr. 234.)

Antrag der Abgeordneten Brandl, Riemelmoser und Genossen, betreffs des Haustrunkes für die landwirtschaftliche Bevölkerung in den Alpenländern. (Beilage Nr. 235.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einführung einer Landes- und Gemeindefinanzabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften. (Beilage Nr. 278.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Aufnahme eines Landes-Anlehens. (Beilage Nr. 285.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf eines Teiles der früher für das Allgemeine Krankenhaus in Verwendung gestandenen Liegenschaften N.-Nr. 15 in der Paulustorgasse. (Beilage Nr. 286.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Tuberkuloseheilstätte für Frauen und Kinder. (Beilage Nr. 287.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Beförderung des Dr. Friedrich Rodoschegg, Leiters der Rechtsabteilung der Landes-Findelanstalt in Graz, ad personam in die VIII. Rangklasse und Verleihung des Titels eines Landes-Sekretärs an denselben. (Beilage Nr. 288.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, bezw. Gnadenpensionen an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebene. (Beilage Nr. 289.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Systemisierung einer Stelle im Wanderlehrdienste für Viehzucht und Molkereiwesen. (Beilage Nr. 290.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Organisation der Assistenzärzte der Landes-Irrenanstalt Feldhof. (Beilage Nr. 291.)

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Reorganisation im Stande der Direktionskanzlei des Allgemeinen Krankenhauses und der Landes-Versorgungsanstalten-Verwaltung in Graz. (Beilage Nr. 292.)

Es ist eine Interpellation an Seine Excellenz, den Herrn Statthalter, eingelangt, die ich den Herrn Schriftführer bitte zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Regri** (liest):

„Anfrage

der Abgeordneten Dr. Puchaz, Frisching und Genossen über den Stand der Südbahnverhandlungen.

In den letzten Tagen hieß es, daß die Verhandlungen über die Südbahnsanierung dem Abschlusse entgegengehen und daß bald die Entscheidung über diese für Steiermark so wichtige Frage fallen werde. In weiten Kreisen sind Besorgnisse aufgetaucht, und es wird befürchtet, daß die Neugestaltung der Südbahngesellschaft vielleicht auf Kosten des Staates erfolgen und der Bevölkerung neue Lasten bringen werde. Es muß daher in ernster Weise auf die Gefahr hingewiesen werden, die der Bevölkerung unseres Kronlandes durch die unglückselige Südbahnfrage droht.

Die Geschichte der Südbahn ist reich an Unglück für den Staat und an Lasten für die Bevölkerung. Diese von Hegga erbaute Bahnlinie ist eine der wichtigsten Verkehrsadern des Reiches. Einst war sie im Staatsbesitz. Aber nach dem Krimkriege wurde die Bahn vom Handelsminister Baron Bruck an die Franzosen verkauft, ja geradezu verschleudert. Das war nicht nur eine strafwürdige Preisgebung von Staatsgut, sondern auch eine leichtsinnige Schädigung der Reichssicherheit. Im Jahre 1859, als

Franzosen und Italiener über den Besitz Österreichs in Italien herfielen, hat der französische Südbahndirektor Bontoux es verstanden, auf der Südbahn ein Verkehrshindernis zu schaffen, so daß die österreichischen Truppennachschübe aufgehalten wurden. Sie konnten nicht mehr rechtzeitig am Kriegsschauplatz eintreffen und so ging die Schlacht von Solferino verloren.

In den sechziger Jahren begann eine ungeheure Verschuldung der Südbahn. Damals wurde die Südbahn von Rothschild und den Franzosen geradezu bewuchert. Diese gaben der geldbedürftigen Südbahn für eine Priorität nur 235 Franken, ließen sich aber einen Schuldschein auf 500 Franken ausstellen. Auf diese Weise ist die sonderbare Tatsache entstanden, daß die Südbahn den Franzosen und den Juden für die dreiprozentige Prioritätenanleihe 2169 Millionen Franken schuldig geworden ist, während sie nur 1027 Millionen bekommen hat. Wenn nun die Prioritäten zum vollen Nennwert, also mit 500 Franken, eingelöst würden, so müßte die Südbahn um 1142 Millionen Franken mehr zurückerzahlen, als sie tatsächlich bekommen hat. Durch diese Überschuldung und Auswucherung ist die Südbahn trotz der sehr günstigen Einnahmentwicklung seit dem Jahre 1901 notleidend, d. h. ihr Reinertragnis genügt nicht mehr, um alle Schuldbverbindlichkeiten zu bestreiten. Es wurde daher am 16. September 1903 ein Abkommen zwischen der Gesellschaft und den Prioritätsgläubigern getroffen, wonach der Südbahngesellschaft gestattet wurde, die Verlosung und Tilgung der dreiprozentigen Prioritäten einzustellen oder doch wesentlich zu vermindern.

Um die Finanzlage der Südbahngesellschaft halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen, wurde im Jahre 1910 der Südbahn vom Staate erlaubt, einen siebenprozentigen Frachtzuschlag einzuhoben, der für das Wirtschaftsleben Steiermarks von umso größerem Nachteil ist, als die Südbahn die Hauptbahn des Landes ist. Es ist für das verfrachtende Publikum in Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, sowie in Tirol schwer einzusehen, warum es einen so erheblichen Frachtzuschlag entrichten soll, wodurch sowohl die Industrie gehemmt, als auch den Landwirten der Absatz ihrer Erzeugnisse

und der Bezug von Futtermitteln verteuert wird. Daher herrscht in den Südbahnländern eine große Erbitterung über diese stärkere Belastung, die als Unrecht empfunden wird, namentlich, wenn dieser Zuschlag von längerer Dauer wäre.

Bei den jetzigen Verhandlungen über die Sanierung haben die Südbahngläubiger die Absicht, selbst keine Opfer zu bringen, sondern die Kosten der Neugestaltung dem Staate oder der Bevölkerung aufzuhalsen. Die französischen Prioritätenbesitzer sehen zwar selber ein, daß ihre Prioritäten nicht mit 500 Franken eingelöst werden können. Sie begnügen sich daher, wenn die Prioritäten künftig mit 325 Franken eingelöst würden. In den letzten Tagen haben sie ihre Forderung sogar auf 310 Franken herabgesetzt. Aber das ist alles, was die Prioritäre zugestehen. Das Opfer der Franzosen besteht somit darin, daß sie einer Herabsetzung des Scheinwertes ihrer Papiere von 500 Franken auf 310 Franken zustimmen. Es ist sicher ein sehr gutes Geschäft, wenn man für ein Papier, das heute an der Börse 250 Franken wert ist, dann 310 Franken bekommt. Das Opfer der Franzosen ist also ein Profit, und zwar ein sehr schöner. Denn erstens werden ihre Papiere überhaupt eingelöst, und zweitens bekommen sie dabei um ungefähr 60 Franken mehr, als das Papier jetzt tatsächlich wert ist und um 75 Franken mehr, als sie der Südbahn seinerzeit geliehen haben. So sieht das „Opfer“ aus, das die Franzosen und die mit ihnen verbündeten Rothschildleute und Großbanken für die Sanierung der Südbahn bringen wollen.

Und für dieses „Opfer“ verlangen die Franzosen eine Gegenleistung, indem der Staat die Verzinsung und Tilgung dieser herabgesetzten Prioritäten irgendwie verbürgen soll. Dies kann nach der Meinung der Franzosen nur durch die Weiterbelassung des Frachtzuschlages oder durch eine Staatsgarantie für den Prioritätendienst erzielt werden. Die Franzosen fordern somit eine versteckte Millionensubvention durch die Belassung der höheren Tarife oder in der Form einer sogenannten Verkehrsteilung, das heißt einer Überleitung von Staatsbahngütern auf die Südbahnstrecke, die einzig und allein den Zweck hat, ein paar Millionen aus den Staatskassen ohne parlamentarische Erörterungen in die Kassen der Rothschildbahn fließen zu

lassen. Die Beibehaltung des Frachtzuschlages darf also auf keinen Fall gestattet werden.

Aber auch die Gewährung einer Staatsgarantie muß wohl überlegt werden. Denn die Staatsgarantie bedeutet, daß der Staat der Südbahn einen Reinertrag garantiert, ohne auf die Verkehrs- und Finanzpolitik des Unternehmens einen größeren Einfluß zu haben, als bisher. Der Staat trüge das volle Risiko des Südbahnbetriebes, ohne diesen Betrieb selbst stärker beeinflussen zu können, als den jeder beliebigen anderen Privatbahn. Die Südbahn könnte ruhig für ihre Aktionäre stille Reserven ansammeln und der Staat hätte den dadurch bewirkten Ausfall im Reinertrag aus seinen Mitteln zuzusehen. Die Staatsgarantie würde einen tief bedauerlichen Rückfall in eine Zeit staatlicher Wirtschaft bedeuten, die zu den traurigsten in der Geschichte der österreichischen Staatsfinanzen gehört. Und wenn einmal diese Praxis der Staatsgarantie wieder aufgenommen wird, könnte ja jedes verschuldete Privatunternehmen kommen und zum Zwecke eines Vergleiches mit den Gläubigern das gleiche Entgegenkommen der Regierung anfordern.

Die Unterzeichneten stellen daher in Bezug auf dieses für sämtliche Steuerträger besonders aber für unser Kronland folgensichere Sanierungsprojekt an die Regierung folgende

Anfragen:

1. Welche Zugeständnisse hat die Regierung den Prioritätenbesitzern gemacht?

2. Wird die Regierung trachten, daß die Sanierung weder auf Kosten der Fahrgäste und Verkehrsträger, noch auf Kosten der Südbahnbeamten und -Diener erfolgt?

3. Ist insbesondere dafür gesorgt, daß der drückende Frachtzuschlag endlich verschwindet?

4. Wird darauf hingearbeitet, daß durch die Sanierung auch dem Staat, beziehungsweise den Steuerträgern keine zu schweren Opfer auferlegt werden?

Graz, am 10. Oktober 1913.

Dr. Fr. Buchs.	Kaspar Hofsch.
Ferd. Berger.	Schoiswohl Johann.
Prisching.	Hagenhofer.
Mois Riegler.	Johann Wöls.
Wagner.	Kern.
Tomashig.	B. Niemer.

Schriftführer Dr. **Verstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Tomaschik, Kierner, Gölles, Huber** und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Hoher Landtag!

Am 16. Juli d. J. wurden mehrere Gemeinden des politischen Bezirkes Stainz, insbesondere die Gemeinden St. Stefan ob Stainz, Wald, Greisdorf und Gundersdorf von einem furchtbaren Hagelwetter, verbunden mit einem Wolkenbruch, heimgesucht und ganz bedeutender Schaden verursacht.

Nicht nur die Kulturen wurden vernichtet, sondern das ganze Erdreich wurde in einzelnen Weingärten und Äckern weggeschwemmt und teilweise für Jahre hindurch unproduktiv gemacht.

Am 19. August ging ein furchtbares Wetter, verbunden mit Wolkenbruch und Hagel, im Bezirk Voitsberg nieder, ganz besonders schwer betroffen wurde die Gemeinde Geisttal. Die Straße und viele Objekte wurden gänzlich zerstört, man ist gezwungen, die Straße vollkommen neu anzulegen.

Durch diese Wetterkatastrophen wurden die Gemeinden und deren Bewohner in bittere Notlage versetzt.

Ausgiebige Hilfe ist darum dringend notwendig. Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird dringend ersucht, in aller kürzester Frist den betroffenen Besitzern, beziehungsweise Gemeinden mit einer ausgiebigen Unterstützung zu Hilfe zu kommen.

In formeller Beziehung wird beantragt, den Antrag dem Finanz-Ausschuße zuzuweisen.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Johann Tomaschik.

Huber.	Prischnig.
M. Kiegler.	Schweiger.
Schoiswohl.	Hagenhofer.
B. Kierner.	Stoder.
Joh. Krenn.	Hans Gölles.
Ferd. Berger.	Kern.
Dr. Fz. Puchas.	Hofsch.
Wagner.	Johann Wölz.

„Antrag

der Abgeordneten **Brandl** und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Greith bei St. Marein bei Knittelfeld.

Hoher Landtag!

Durch das am 5. September 1913 in der Gemeinde Greith im politischen Bezirke Judenburg niedergegangene Unwetter mit schwerem Hagelschlag wurde eine Reihe von Besitzern durch die Vernichtung der Haferfrucht, des Grummets, Obst und Kraut schwer geschädigt. Infolge ihrer Notlage ist eine Reihe von Besitzern gegen Hagelschlag nicht versichert und wurde durch dieses Unwetter in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer gefährdet.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen, der Landes-Ausschuß sei zu beauftragen, unverzüglich Erhebungen über die den Besitzern in Greith verursachten Schäden zu pflegen und sich mit der Regierung raschestens ins Einvernehmen zu setzen, damit diesen geschädigten Besitzern aus den Mitteln des Landes und denen der Regierung entsprechende Notstandsunterstützungen gewährt werden.“

Graz, im Oktober 1913.

Brandl.	Schwab.
Größwang.	Heinrich Bastian.
Kiemelmoser.	Josef Mosdorfer.
Karl Pferschy.	Dr. R. Winter.

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten **Kiemelmoser** und Genossen, betreffend die Errichtung von Bürgerschulen im Oberlande.

Hoher Landtag!

Die gefertigten Abgeordneten haben von der Vereinbarung Kenntnis genommen, daß noch in dieser Saison vier Bürgerschulen zu errichten wären, von denen eine den Slowenen zugesprochen wird.

Ohne auf den Inhalt dieses Paktes derzeit näher einzugehen, stellen die Gefertigten schon heute den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle in Berücksichtigung des im Oberlande herrschenden Bedürfnisses nach Bürgerschulen beschließen, zwei der neu zu errichtenden Bürgerschulen unbedingt im Oberlande zu placieren, und zwar eine in Rottenmann und eine in Mürzzuschlag.'

Graz, im Oktober 1913.

Riemelmoser.	Heinrich Wastian.
Brandl.	Dr. K. Winter.
Schwab.	Größwang.
Karl Pferschy.	Josef Mosdorfer."

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Refel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Einsetzung einer ständigen Landes-Kontrollkommission.

Hoher Landtag!

Die Art der Prüfung der Landesrechnungen durch den Landtag, die immer mehr zur reinen Formalität wird, desgleichen die großen Zwischenräume, die sich in der Prüfungszeit ergeben, ebenso auch die Erscheinungen hinsichtlich der Landesverwaltung überhaupt, lassen die Einsetzung einer ständigen Landes-Verwaltungs-Kontrollkommission durch den Landtag dringend geboten erscheinen.

Die Gefertigten beantragen deshalb:

Der Landtag beschließt die Einsetzung eines Sonder-Ausschusses mit dem ausschließlichen Zweck, Vorschläge wegen Einsetzung einer ständigen Landes-Verwaltungs-Kontrollkommission und ihres Wirkungskreises auszuarbeiten und dem Landtage zur weiteren Beratung vorzulegen.

In diesem Sonder-Ausschusse haben alle im Landtage vertretenen politischen Parteien vertreten zu sein.'

Graz, am 10. Oktober 1913.

Dr. Michael Schacherl.	Hans Refel.
Michael Kollegger.	Albert Horvatek."

Schriftführer Dr. **Regri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Schacherl und Genossen, betreffend Gehaltsregulierung oder Gewährung von Teuerungszulagen für die nicht in der Dienst-

pragmatik inbegriffenen landschaftlichen Diener, Aushilfsdiener, Bediensteten und Arbeiter, einschließlich der Landes-Forstarbeiter.

Hoher Landtag!

Wie verlautet, besteht die Absicht, in der gegenwärtigen Tagung den der Dienstpragmatik unterstehenden Landes-Beamten eine Erhöhung der Gehalte usw. zukommen zu lassen. Da die Teuerung eine allgemeine ist, und sich nicht bloß in einer Kategorie fühlbar macht, stellen wir den

Antrag:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, gleichzeitig mit der Vorlage eines Antrages auf Gehaltsregulierung der der Dienstpragmatik unterliegenden Landes-Angestellten auch eine Vorlage einzubringen, womit auch sämtliche in der Dienstpragmatik nicht inbegriffene Diener, Aushilfsdiener, Landes-Bedienstete und Arbeiter, einschließlich der Landes-Forstarbeiter, entsprechende Verbesserungen ihrer Lage erfahren, eventuell durch eine Teuerungszulage.'

Graz, am 10. Oktober 1913.

Dr. Schacherl.	Hans Refel.
Albert Horvatek.	Mich. Kollegger."

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Refel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Änderung der Wahlordnungen der Gemeinden mit eigenem Statut.

Hoher Landtag!

Die Wahlordnungen der Gemeinden mit eigenem Statut sind zweifellos unzeitgemäß. Sie schließen nicht bloß die breiten Volksschichten vom Wahlrecht aus, sondern enthalten auch teilweise eine weitere Beschränkung durch einen Steuerzensus. Zugleich enthalten sie durchwegs Bestimmungen, die bei willkürlicher Auslegung selbst die steuerzahlenden Arbeiter vom passiven Wahlrecht, dem Gewähltwerden in den Gemeinderat, ausschließen. Ihre Bestimmungen hinsichtlich der Wahlprüfung schließen jede objektive Prüfung des Wahlvorganges aus und geben den Machthabern in diesen Gemeinden vorweg die Sicherheit, daß sie ihren eigenen allenfallsigen Wahlschwindel zu sanktionieren vermögen. Derartige Bestimmungen sind unhaltbar und ihre Beseitigung dringend geboten.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, dem Landtage ehemöglichst Vorschläge über die Änderung der Wahlordnungen der Gemeinden mit eigenem Statut zu unterbreiten.

Diese haben auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes zu basieren und die Einführung des Prozesses zu enthalten.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Dr. Schacherl. Hans Kefel.
Mich. Kollegger. Albert Horvatek.“

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

Antrag

der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Kefel und Dr. Schacherl, betreffend die Errichtung einer Erziehungsanstalt für Mädchen, welche der Fürsorgeerziehung bedürftig sind.

Hoher Landtag!

Über dreißig Jahre besteht die Erziehungsanstalt für verwahrloste Knaben in Waltendorf, welche viele Hunderte dem sittlichen Verderben geweihte Knaben zu tüchtigen Mitgliedern des Gemeinwesens erzogen hat. Dem Fürsorgeerziehungsweisen wird in anderen Staaten eine große Aufmerksamkeit gewidmet und Deutschland errichtet fortgesetzt Fürsorgeerziehungsanstalten für Knaben und Mädchen. Es geht daher nicht an, diese Beispiele in Steiermark noch länger unbeachtet zu lassen und die erziehungsbedürftigen Mädchen dem sittlichen Verderben auch in Zukunft preiszugeben.

Die Gefertigten stellen deshalb den

Antrag:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Landes-Erziehungsanstalt mit weltlichem Lehr- und Wartepersonal für Mädchen, welche einer entsprechenden Erziehung entbehren, auszuarbeiten und dem Landtage bei seinem Wiederkommtritt vorzulegen.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Albert Horvatek. Dr. Schacherl.
Mich. Kollegger. Hans Kefel.“

Schriftführer Dr. **Verstovšek** (liest):

Antrag

der Abgeordneten Kefel, Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Sicherung der Krankheits- und Unfallversicherung sowie der Altersversorgung für die Bezirksstraßeneinräumer und Straßenmeister.

Hoher Landtag!

Noch immer entbehren die Bezirksstraßenmeister und -Einräumer in den allermeisten Bezirken jeder Sicherung für den Fall der Erkrankung, der Verunglückung sowie für den Fall der dauernden Arbeitsunfähigkeit. Kranke, Krüppel und Altgewordene können noch immer hilflos aufs Pflaster geworfen werden oder sind auf die Gnade der Bezirksvertretungen angewiesen. Da das Land große Summen als Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen zahlt, hat es die Möglichkeit und damit auch die moralische Pflicht, sich dieser rechtlosen Arbeiter anzunehmen.

Wir stellen daher den

Antrag:

1. Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen sind nur jenen Bezirken zuzuweisen, die sich rechtsverbindlich verpflichten, in einem Mindestausmaß, wie es vom Landes-Ausschuße einheitlich vorzuschlagen ist, für die Kranken- und Unfallversicherung, sowie für die Pensionierung der arbeitsunfähig gewordenen Straßeneinräumer und Straßenmeister zu sorgen.

2. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, ein solches Versicherungs- und Pensionsnormale binnen einem halben Jahre auszuarbeiten und die Bezirksvertretungen, die auf die Auszahlung der Landes-Subventionen Anspruch machen, zur rechtsverbindlichen Annahme zu verpflichten.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Dr. Schacherl. Hans Kefel.
Albert Horvatek. Michael Kollegger.

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

Antrag

der Abgeordneten Horvatek, Kollegger, Kefel und Dr. Schacherl, betreffend Subventionen für Suppenanstalten an Volks- und Bürgerschulen.

Hoher Landtag!

Allgemein ist die wohlthätige Wirkung der Suppenanstalten für die Gesundheit und den Schulbesuch der Schulkinder bekannt. Leider gibt es aber noch viele Volksschulen ohne Suppenanstalten und wo solche bestehen, reichen die Mittel nicht aus, um alle bedürftigen Kinder zu speisen. Da der Besuch der Schule eine Pflicht ist, deren Erfüllung erzwungen werden kann und vielfach erzwungen wird, so ist es ebenso Pflicht der schulerhaltenden Faktoren, für die Möglichkeit eines regelmäßigen Schulbesuches zu sorgen. Diese Möglichkeit wird durch die Ausspeisung der bedürftigen Schulkinder auf wenigstens teilweise öffentliche Kosten geschaffen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Zur Subventionierung von Suppenanstalten an öffentlichen Volks- und Bürgerschulen wird ein Kredit von jährlich 50.000 K. bewilligt.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Albert Horvatek.	Mich. Kollegger.
Hans Refel.	Dr. Schacherl.“

Schriftführer Dr. **Verstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Schwab und Genossen, betreffend die Nachzahlung der rückständigen Bezirksstraßen-Subventionen.

Hoher Landtag!

Nach übereinstimmenden Mitteilungen sämtlicher Blätter ist in den Vereinbarungen, die zwischen dem Verbands der deutschnationalen Abgeordneten, dem verfassungstreuen Großgrundbesitz und dem „Slovenski Klub“ über die dormalige Tagung des Landtages abgeschlossen wurden, und denen auch der Verband der christlichsozialen Abgeordneten beigetreten ist, ein Passus enthalten, nach welchem die Subvention für die Erhaltung der Straßen an die Bezirke erst am 1. Jänner 1914 wieder bezahlt werden soll.

Obwohl auch diese Auszahlung an eine Bedingung geknüpft ist, so erscheint es doch als eine große Ungerechtigkeit, daß man jene Bezirke, die durch volle drei Jahre die Erhaltung der Straßen

auf eigene Kosten und Gefahr durchzuführen genötigt waren, und dadurch vielfach in sehr bedeutende Schulden gerieten, den Ersatz der während der Obstruktionsjahre gehabtten Kosten gar nicht vergüten will.

Die Bezirke haben zweifellos einen sachlichen und durch die Verhältnisse begründeten Anspruch auf die Unterstützung des Landes bei der Erhaltung ihrer Straßen und, nachdem eine Reihe von Bezirken durch die Aufnahme von Darlehen und durch wesentliche Erhöhung ihrer Umlagen usw. in eine äußerst schwierige Situation geraten sind, und das unverschuldet, stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß sei sofort zu beauftragen, die nötigen Erhebungen zu pflegen und den Bezirken, die für die Erhaltung der Straßen in den drei Jahren notwendig gewordene Beitragssumme des Landes im Ausmaße von einer Million Kronen entweder ganz oder doch in jenem Ausmaße zu refundieren, als die Bezirke den Nachweis erbringen, daß sie für die Erhaltung der Straßen Gelder ausgegeben haben, die eigentlich durch Beitrag des Landes zu leisten gewesen wären.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Schwab.	Brandl.
Riemelmoser.	Heinrich Wastian.
Dr. R. Winter.	Karl Pferschy.“

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Brandl und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Osvald.

Hoher Landtag!

Am 19. August d. J. ging über die Gemeinde St. Osvald im politischen Bezirke Judenburg ein heftiges Gewitter nieder, das mit Wolkenbruch verbunden war, das großen Schaden an den Uferschutzhauten, Wegen, Brücken und Gerinnen verursachte. So wurde der Gemeindegeweg in Möderbach total zugrunde gerichtet, und zwar derart, daß nicht einmal der Viehtrieb möglich war, und der am Ende des Grabens gelegene Bauer vulgo Raser vollkommen abgeschlossen ist.

Der ohnedies enge Graben ist mit Gerölle derart angefüllt, daß ihn Fußgänger kaum passieren

können und erstreckt sich die Verwüstung auf eine Länge von 2,5 Kilometer. Das Reibachgrabengebiet, wo zwei Besitzer in Betracht kommen, die auch nicht imstande sind, ohne fremde Hilfe die Wege wieder herzustellen, ist von dem gleichen Unglück heimgesucht worden. Dem Bauern vulgo Straller in Möderbrugg wurde das Gehöfte verschlammte, seine Kulturen aufgerissen und verschottert. Die Gemeinde, eine arme Alpenbauerngemeinde, deren Mitglieder einen schweren Kampf ums Dasein zu führen haben, und die durch die Getreidemisernte im vorigen Jahre und durch wiederholte Getreide- und Futtermisernten schwer getroffen sind, wurde durch dieses neuerliche Unglück in ihrer Existenz schwer bedroht. Dazu kommen enorme Gemeinde-, Bezirks- und Landes-Umlagen (103, 45 und 50 Prozent).

Im Hinblick auf die herrschende Notlage stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Es sei der Landes-Ausschuß zu beauftragen, unverzüglich die notwendigen Erhebungen über den Notstand in der Gemeinde St. Oswald zu pflegen und sich mit der Regierung raschestens ins Einvernehmen zu setzen, damit die schwer geschädigte Gemeinde und ihre Mitglieder aus Mitteln des Staates und des Landes eine ausgiebige Notstandsunterstützung erhalten.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Michael Brandl.

Riemelmoser.	Schwab.
Heinrich Wastian.	Karl Pferschy.
Johann Gerlig.	Dr. R. Winter.
Josef Moszdorfer.	Größwang.

Schriftführer Dr. **Verstovšek** (liest):

„Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Brandl, Schwab und Genossen, betreffend die Beseitigung des siebenprozentigen Tarifizuschlages der Südbahn-Gesellschaft.

Hoher Landtag!

Unter Hinweis auf die pflichtgemäße Wahrnehmung der steiermärkischen wirtschaftlichen Interessen stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der steiermärkische Landtag erklärt die Beseiti-

gung des siebenprozentigen Tarifizuschlages auf der Südbahn als unbedingtes Erfordernis für die wirtschaftliche Prosperität der Alpenländer und fordert den Landes-Ausschuß auf, die Regierung unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen, daß eine Sanierung der Südbahn unter Intervention des Staates ohne Beseitigung des siebenprozentigen Tarifizuschlages und ohne Erfüllung der dem Ministerium längst bekanntgegebenen wichtigsten Forderungen örtlicher Natur eine schwere Schädigung Steiermarks bedeuten würde.

In Anbetracht der im Zuge befindlichen Sanierungsverhandlungen wird die dringliche Behandlung beantragt.

Graz, am 10. Oktober 1913.

Brandl.

Schwab. Riemelmoser.

Schriftführer Dr. **Negri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Berger und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Hoher Landtag!

Im Sommer d. J. haben die Hochwasser- und Hagelschäden im politischen Bezirke Weiz einen derartigen Schaden angerichtet, daß viele Besitzer in bittere Notlage geraten sind.

So hat das Hochwasser am Raabflusse durch die Uferereinbrüche in der Gemeinde Fünfsing bei St. Ruprecht nicht nur zwei Besitzern großen Schaden verursacht, sondern es ist hierdurch sogar die nahe Ortschaft Winterdorf der Überschwemmungsgefahr ausgesetzt.

Am linken Ufer der Raab, in der Gemeinde Rühwiesen, wurden auf der Wiese des August Rosenberger derartige Einrisse durch das Hochwasser gemacht, daß dieselben eine Länge von zirka 200 Metern und eine Breite von 150 Metern aufweisen.

Beim Mühlenbesitzer Hermann Pichler in St. Margareten a. d. R. wütete das Hochwasser des Raabflusses zweimal derartig, daß das ganze Wehr schon das erstemal gänzlich zerstört worden ist und das zweitemal die in Angriff genommenen Arbeiten wieder gänzlich vernichtet worden sind.

Herr Pichler würde dem gänzlichen Ruine entgegensehen, wenn ihm nicht eine ausgiebige Hilfe zuteil werden würde.

Was die Hagelschläge betrifft, so waren dieselben in verschiedenen Gemeinden des Bezirkes so groß und treffen die Besitzer so empfindlich, daß dieselben in Notlage geraten sind.

Insbefondere waren die Hagelschläge in den Gemeinden Raas und Haselbach derartig, daß die ganze Ernte, Korn, Weizen und Hafer, sowie alle Hülsenfrüchte, gänzlich vernichtet worden sind, und auch die Obstbäume auf Jahre hinaus ruiniert erscheinen.

Der hierdurch entstandene Schaden beträgt auf Grund der gepflogenen Erhebungen zirka 317.000 Kronen.

Auf Grund dieser für die Betroffenen sehr bedauerlichen Tatsachen stellen die Gefertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt:

1. Die durch das Hochwasser des Raabflusses entstandenen Schäden zu erheben, sowie für einen entsprechenden Uferschutz zu sorgen;

2. auf Grund der gepflogenen Erhebungen sowohl den durch Hochwasser als auch den durch Hagelschlag Geschädigten eine entsprechende Subvention aus Landesmitteln zu gewähren.

Graz, am 10. Oktober 1913.

Ferd. Berger.

Johann Tomaschik. Dr. Frz. Puchas.

A. Riegler. Huber.

Kern. Stocker.

Joh. Krenn. Schweiger.

Wagner. Kaspar Hofsch.

Hagenhofer. Prisching.

Schoiswohl. Hans Gölles.

Johann Wölz. Z. Kiemer.

Schriftführer Dr. Verstoršek (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Wagner, Kiemer, Riegler, Tomaschik, Berger und Genossen, betreffend die Flüssigmachung der vom Landes-Ausschuß nicht ausbezahlten Straßen-Subventionen an die Bezirke.

Hoher Landtag!

Am 29. Oktober 1908 hat der hohe Landtag beschlossen, den Bezirken für die Erhaltung der Bezirksstraßen nach bestimmten Grundsätzen eine Landes-Subvention im Gesamtbetrage von 457.000

Kronen pro Jahr zukommen zu lassen, und beauftragte den Landes-Ausschuß, für diesen Zweck für die Jahre 1909, 1910 und 1911 je 457.000 Kronen in den Landes-Voranschlag einzustellen und danach Bericht über den Erfolg dieser Subventionierung zu erstatten und allenfalls neue Vorschläge zu unterbreiten. Zur Bedeckung dieser Auslagen wurde durch Bewilligung der erforderlichen Umlagen vorgeesehen.

Der Landes-Ausschuß stellte die angeführte Summe nicht nur für die bezeichneten Jahre, sondern auch für die übrigen Jahre in den Landes-Voranschlag ein, nahm auch die ihm durch den angeführten Beschluß des Landtages eingeräumten Rechte in Anspruch und hob auch die im Jahre 1908 beschlossenen Umlagen voll ein, brachte aber die den Bezirken zugesprochenen Subventionen nicht zur Auszahlung.

Durch diesen Vorgang wurden die Bezirke gegen den ausdrücklichen Willen des Landtages bedeutend geschädigt und in finanzielle Schwierigkeiten gebracht.

Die Gefertigten sehen sich daher veranlaßt, zu stellen folgenden

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, den Bezirken die ihnen aus dem mit 457.000 Kronen festgesetzten Subventionsbetrage pro Jahr zukommenden und bisher noch nicht ausbezahlten Anteile ehestens flüssig zu machen.

Graz, am 10. Oktober 1913.

Wagner.

Mois Riegler. Schoiswohl.

Prisching. Hans Gölles.

Z. Kiemer. Johann Tomaschik.

Berger. Kaspar Hofsch.

Johann Wölz. Dr. Frz. Puchas.

Kern. Hagenhofer.

Schweiger. Huber.

Krenn. Stocker.

Schriftführer Dr. Megri (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Wagner und Genossen in Rotstandsangelegenheit.

Hoher Landtag!

Der 5. September 1913 war ein Schreckenstag für die Stadt Feldbach und mehrere Gemeinden

im Bezirke Feldbach, sowie auch in einigen Gemeinden im Bezirke Kirchbach.

Wolkenbruchartiger Regen, verbunden mit Sturm und Hagel, wie ein solches Unwetter die ältesten Leute noch nicht gesehen haben, vernichtete in einer kurzen Zeit sämtliche Kulturen derart, daß alles in den Boden gestampft wurde. Türken, Bohnen, Hirse, Heiden, Kraut, sämtliches Gemüse, Obst und Wein ist total vernichtet. Vielfach auch die Grummeternte, was um so mehr von Rückwirkung ist, da wegen der großen Dürre im Frühjahr die Heuernte sehr gering war.

Im Bezirke Kirchbach kamen auch infolge der großen Hagelförner sehr starke Dachbeschädigungen vor.

Im Stadtgebiete und Gemeinde Feldbach betrug der erhobene Schaden 50.000 Kronen, da der Hagel in solchen Mengen niederging, daß am nächsten Tage derselbe noch fuhrenweise ausgeführt wurde.

Die schönen Obstbäume sind kahl, die schöne Frucht liegt am Boden oder fault auf den Bäumen, weil vom Hagel angeschlagen, die Zweige sind stark beschädigt, so daß auch im nächsten Jahre keine Ernte zu erwarten ist. Die Landschaft hat sich, wie im Spätherbst, umwandelt. Die prachtvollen Gärten mit dem schönen Gemüse bieten ein trauriges Bild der Zerstörung. Der Schaden ist groß, rasche Hilfe und Unterstützung tut not.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, den Unterstützungsbedürftigen aus Landesmitteln ehestens eine Geldunterstützung zu gewähren.“

Graz, am 10. Oktober 1913.

Wagner.

Dr. Frz. Puchas.	Kern.
Hans Gölls.	Johann Böls.
Ferd. Berger.	Kaspar Hofsch.
Prisching.	Schoiswohl.
Kiegler.	Krenn.
Stocker.	Hagenhofer.
Schweiger.	Huber.“

Schriftführer Dr. **Berstovšek** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Berstovšek und Genossen, betreffend die Gewährung von Unter-

stützungen an die durch Hagelschlag, Gewitter und Überschwemmungen in den Gerichtsbezirken Mahrenberg, Windischgraz, Schönstein und Oberburg geschädigten Grundbesitzer.

Hoher Landtag!

Im Laufe dieses Jahres wurden die Bewohner oben angeführter Bezirke von Hagelschlag, Gewitter und großen Überschwemmungen heimgesucht. Es wurden nicht nur die betroffenen Kulturen gänzlich vernichtet, sondern es wurden vielerorts die Gemeindestraßen, Brücken, Wirtschaftsgebäude, Sägen und Wehren schwer beschädigt, zum Teile auch demoliert.

Die amtlichen Erhebungen sind bereits abgeschlossen und die durch diese Wetterkatastrophe verursachte Schadenziffer ist eine ganz bedeutende. Viele Grundbesitzer sind sehr hart betroffen, so daß schnelle Hilfe von seiten des Landes und des Staates dringend notwendig ist.

Daher stellen die Unterfertigten den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Aus dem Landes-Fonde wird zur Unterstützung der in den oben angeführten Bezirken im Laufe dieses Jahres schwer geschädigten Grundbesitzer ein entsprechender Betrag bewilligt.

2. Seine Exzellenz der Herr Statthalter wird ersucht, die gedrückte Lage der so schwer betroffenen Grundbesitzer durch Erwirkung einer ausgiebigen Staatshilfe zu mildern.“

Graz, am 11. Oktober 1913.

Dr. Karl Berstovšek.

Dr. Benkovič.	Dr. Korošec.
Pišek.	J. Džmec.
Roškar.	Dr. Fr. Jančovič.
Brečko.	Novak.
A. Meško.	Terglav.“

Schriftführer Dr. **Regri** (liest):

„Antrag

der Abgeordneten Huber, Hofsch, Gölls und Genossen in Notstandsangelegenheiten.

Hoher Landtag!

Am 16. Juli d. J. wurde in mehreren Gemeinden des politischen Bezirkes Umgebung Graz, insbesondere in den Gemeinden Burgstall, Fölling, Hart, Rainbach, Raaba, Thondorf und Wölbling, ganz bedeutender Schaden verursacht.

Nicht nur Kulturen wurden vernichtet, sondern auch der Humus, die Erde von Äckern und Wiesen wurde weggeschwemmt und hierdurch Grund und Boden für viele Jahre — teilweise vielleicht für immer — unproduktiv gemacht.

Einzelne Häuser und Baulichkeiten sind eingestürzt.

Ganz besonders haben einzelne Wasserläufe Gemeinde- und Privatwege, Brücken und Stege weggerissen und teilweise ein neues Bett gegraben.

Durch diese Katastrophe wurden benannte Gemeinden und dessen Bewohner in bittere Not versetzt.

Hier tut daher ausgiebige Hilfe aus öffentlichen Mitteln not.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird dringend ersucht, in möglichst kurzer Frist den betroffenen Besitzern, bezw. Gemeinden mit einer ausgiebigen Unterstützung zu Hilfe zu kommen.

In formeller Beziehung wird beantragt, den Antrag dem Finanz-Ausschusse zuzuweisen.

Graz, am 10. Oktober 1913.

Franz Huber.

Kern.	Johann Tomaschik.
Prisching.	Hans Göller.
Wagner.	Riegler.
Kaspar Horsch.	Berger.
Schweiger.	J. Kiemer.

Landeshauptmann: Diese zur Verlesung gelangten Schriftstücke werden folgende Behandlung erfahren: Die Interpellation wird an Seine Exzellenz den Herrn Statthalter geleitet werden; die 17 zur Verlesung gelangten Anträge werden in Druck gelegt und sodann der weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abg. Brandl zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm daselbe.

Abg. Brandl (L.-G. Judenburg): Hohes Haus! Ich habe gestern einen Antrag eingebracht, der sich mit der Wahrung der steirischen Interessen bei der Südbahn befaßt. Inzwischen sind aber laut Zeitungs-

berichten Maßnahmen getroffen worden, welche eine große Gefahr für die Alpenländer bedenten. Der steirische Landtag ist berufen, dazu Stellung zu nehmen.

Ich beantrage daher, daß diese Angelegenheit dringend behandelt werde und als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Landeshauptmann: Der Antrag ist erst jetzt verlesen worden und kann daher heute noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Geschäftsordnung besagt, daß der Antrag zuerst in Druck gelegt werden und dann aufsteigen müsse. Dann erst kann ich dem Herrn Abgeordneten, wenn es das Haus gestattet, das Wort zur Begründung seines Antrages erteilen.

Wir gelangen nunmehr zu Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers aus der ganzen Landesversammlung (§ 3, a, b, c der Landesordnung.)

Ich bitte die Herren, sich mit Stimmzetteln zu versehen, und diese Stimmzettel dann in die Urne zu werfen, die ich auf der Rednertribüne aufstellen lasse.

Ich werde zuerst die Träger der Virilstimmen aufrufen und sodann die Herren Abgeordneten nach dem Alphabete zur Stimmenabgabe einladen. (Über Namensaufruf geben die Abgeordneten aus dem ganzen Hause ihre Stimmzettel ab. — Nach Vornahme des Skrutiniums.)

Im ganzen wurden 67 Stimmzettel bei diesem Wahlgange abgegeben, 2 Stimmzettel waren unbeschrieben, es bleiben somit 65 Stimmen, von welchen 64 auf Herrn Dr. von Naan und 1 auf Herrn Föest entfielen. Herr Dr. von Naan erscheint hiermit gewählt. (Rufe: „Bravo!“)

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. von Naan: Hohes Haus! Nehmen Sie meinen tiefst gefühlten Dank für den überwältigenden Beweis des Vertrauens entgegen, den Sie mir durch diese fast einstimmige Wahl gegeben haben. Es ermutigt mich, mit meinen schwachen Kräften dieses schwere Amt anzutreten. Offen gestanden, hatte ich anlässlich meiner Einberufung nach dem Ausscheiden des Herrn Dr. Ritter von Link die feste Absicht, nur pflichtgemäß die Verwaltung des Referates bis zu jenem Augenblick zu führen, wo der Landtag in die Lage gekommen wäre, eine definitive Besetzung vorzunehmen.

Nun, die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß es tatsächlich im gegenwärtigen Augenblick Schwierigkeiten bereiten würde, einen Wechsel im Finanzreferate während dieser kurzen Tagung durchzuführen. Diese Erwägung und damit auch das Gefühl der Dankbarkeit für den hochehrenden Beweis des Vertrauens, den Sie mir durch diese Wahl gegeben, geben mir den Mut, ungeachtet meiner bekanntlich so schwankenden Gesundheitsverhältnisse das Amt anzutreten und insoweit meine Kräfte reichen, was ich ja nicht wissen kann, gebe ich die Versicherung, daß ich bis zum letzten Atemzuge gewillt sein werde, meine Pflicht voll und ganz zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann: Die Wahl des Herrn Abg. Dr. v. Kaan, der bisher als Stellvertreter für den Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Ritter v. Linz gewählt war, bringt es mit sich, daß für Herrn Dr. von Kaan ein Stellvertreter in seiner Tätigkeit als Landes-Ausschuß-Beisitzer gewählt zu werden hat. Ich werde diese Wahl auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Ich komme nun zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist die

Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers durch die Abgeordneten der Wählerklasse der Landgemeinden (§ 3, c, III der Landesordnung) und die Abgeordneten der im § 9 der Landtagswahlordnung unter Punkt 5 bis 10 angeführten Wahlbezirke der allgemeinen Wählerklasse (§ 3, c, IV der Landesordnung).

Von den Abgeordneten der allgemeinen Wählerklasse sind es die Herren Kanzler, Hilari, Gölles, Stocker, Korošec und Pišek. Die übrigen Herren sind hier im Verzeichnis eingetragen, wie sie nach der Nummer des Landgemeinden-Wahlbezirkes gereiht sind. Es kommen somit in erster Linie die Vertreter der Landgemeinden des Oberlandes, dann des Mittellandes und dann des Unterlandes und zuletzt die Abgeordneten der allgemeinen Wählerklasse, Wahlbezirke 5 bis 10, zur Stimmenabgabe.

Ich ersuche nunmehr zur Wahl eines Landes-Ausschuß-Beisitzers an Stelle des verstorbenen Herrn Professors Franz Robič zu schreiten.

(Über Namensaufruf geben die Abgeordneten der Landgemeinden und der allgemeinen Wählerklasse,

Wahlbezirke 5 bis 10, ihre Stimmzettel ab. Nach Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 28 Stimmzettel abgegeben, von denen 9 unbeschrieben waren. 18 Stimmen entfielen auf Herrn Dr. Karl Verstoršek und eine Stimme auf Herrn Dr. Jančovič.

Der Herr Abg. Dr. Verstoršek ist somit zum Landes-Ausschuß-Beisitzer gewählt.

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. **Verstoršek:** (Beginnt seine Rede in slowenischer Sprache.) Hohes Haus! Ich erlaube mir, den geehrten Herrn des Slovenski Klub und den geehrten Vertretern der Landgemeinden, die in dieser Wahl ihre Stimmen auf meine Person vereinigt haben, den innigsten Dank für ihr Vertrauen auszusprechen und bitte das hohe Haus, die Versicherung entgegenzunehmen, daß ich in allen mir als Landes-Ausschuß-Beisitzer zugewiesenen Agenden stets mit der größten Objektivität zum Wohle des Landes wirken werde und zugleich bitte ich Seine Erzellenz, die Erklärung entgegenzunehmen, daß ich die Wahl annehme. (Beifall.)

Landeshauptmann: Wie ich schon früher bemerkt habe, ist auch diesmal ein Stellvertreter für den Landes-Ausschuß-Beisitzer als Landes-Ausschuß-Beisitzer gewählt worden und daher ist auch für Herrn Dr. Verstoršek die Wahl eines Ersatzmannes in der Vertretung im Landes-Ausschuße durchzuführen. Ich werde die Wahl auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Wir gelangen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung

Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Erber.

Ich bitte die Herren, sich mit Stimmzetteln zu versehen. Ich werde dieselben dann einsammeln lassen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 61 Stimmzettel abgegeben, wovon 2 unbeschrieben waren; daher bleiben 59 übrig. Die Majorität beträgt 30. Mit 56 Stimmen wurde gewählt Herr Abg. Drnig. 3 Stimmen entfielen auf Herrn Abg. Schwab.

Wir gelangen nunmehr zur

Wahl von 3 Mitgliedern in den Unterrichts-Ausschuß an Stelle der Abgeordneten Erber, Robič und Rektor Hauke.

Ich ersuche, sich mit Stimmzetteln zu versehen; ich werde dieselben sodann einsammeln lassen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 54 Stimmzettel abgegeben, einer davon war unbeschrieben, es sind somit 53 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 27. Gewählt erscheinen mit 53 Stimmen Herr Dr. Negri, mit je 52 Stimmen Se. Magn. Herr Dr. Seuffert und Herr Dr. Verstovšek. Eine Stimme entfiel auf Herrn Abg. Langer und auf einem Stimmzettel waren nur zwei Namen verzeichnet. Es sind somit die von mir genannten Herren Dr. Negri, Dr. Seuffert und Dr. Verstovšek in den Unterrichts-Ausschuß entsendet.

Wir gelangen nun zur

Wahl eines Mitgliedes in den Petitions-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Kunz.

Ich bitte, sich mit Stimmzetteln zu versehen, welche ich einsammeln lassen werde.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 54 Stimmzettel abgegeben, von denen einer unbeschrieben war. Es sind somit 53 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 27. Mit 50 Stimmen wurde gewählt Herr Dr. Tunner, je eine Stimme entfiel auf die Herren Abg. Wastian und Dr. Winter. Ein Stimmzettel enthielt zwei Namen, und wurde von Seite der Herren Schriftführer die Ansicht ausgesprochen, daß dieser Stimmzettel für ungültig erklärt werde. Es erscheint Dr. Tunner in den Petitions-Ausschuß gewählt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist die

Wahl eines Mitgliedes in den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten an Stelle des Abgeordneten Kunz.

Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 49 Stimmen abgegeben. Die Majorität beträgt 25 Stimmen. Mit 47 Stimmen gewählt wurde Herr Abg. Dpih. Zwei Stimmen entfielen auf Herrn Abg. Langer.

Wir kommen nun zu Punkt 7

Wahl eines Mitgliedes in den Wasserrechts-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Hagenhofer.

Ich ersuche die Herren, sich mit Stimmzetteln zu versehen. Ich werde dieselben sodann einsammeln lassen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums.)

Bei diesem Wahlgange wurden 49 Stimmzettel abgegeben, zwei davon waren leer; bleiben also 47 Stimmen. Die Majorität beträgt 24. Mit 46 Stimmen erscheint gewählt Herr Abg. Kierner. Eine Stimme entfiel auf Herrn Abg. Tomaschik.

Hiermit ist Herr Abg. Kierner in den Wasserrechts-Ausschuß gewählt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Regierungsvorlage: Wasserrechtsgesetz.

(Beilage Nr. 26.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Wasserrechts-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Geleichenwurfes, betreffend die Einhebung von Abgaben zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung öffentlicher Wasserleitungen.

(Beilage Nr. 29.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses von **Fehrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zur Petition Nr. 91 ex 1909 des Anton Lämmel, Assistenten an der Landes-Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt in Messendorf, um Verleihung der X. Rangsklasse ad personam.

(Beilage Nr. 60.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Bersstovšek.**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Witwe des gewesenen Hilfslehrers Ludwig Heinisser, Anna Heinisser, um eine Gnadenpension.

(Beilage Nr. 64.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Systemisierung der drei provisorischen Stellen der Weinbau-Instruktoren in der XI. Rangsklasse.

(Beilage Nr. 69.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 900.000 K. zum Zwecke des Ankaufes der Althaller-Gründe.

(Beilage Nr. 71.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung einer Darlehensaufnahme zum Zwecke der Abstoßung der für die abgelösten Leichenbestattungsanstalten ausstehenden Kauffchillingsreste.

(Beilage Nr. 72.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Ansuchen der landwirtschaftlichen Bezirksstierarzeswitwe Johanna Auer um Weiterbelassung des bisherigen Erziehungsbeitrages für ihre vier Kinder zweiter Ehe.

(Beilage Nr. 73.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Hagenhofer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Einhebung einer Lustbarkeitssteuer.

(Beilage Nr. 79.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einrechnung der vom Landeskommissär Dr. August Gfettenhofer im Dienste der Stadtgemeinde Graz und der vom Landeskommissär Dr. Ludwig Koban im Staatsdienste und im Dienste der Stadtgemeinde Graz vollstreckten Dienstjahre zum Behufe der seinerzeitigen Pensionsbemessung.

(Beilage Nr. 85.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Schaffung einer extra statum - Stelle für die VII. Rangklasse im Landes-Sekretariate.

(Beilage Nr. 86.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadengabe an den Hausarbeiter Johann Engelbogen.

(Beilage Nr. 88.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Fehrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 4 Millionen Kronen.

(Beilage Nr. 105.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Erhöhung der für den städtischen Kranken- und Versorgungshausfonds eingehobenen Verlassenschaftsabgabe (des sog. Armenprozentcs).

(Beilage Nr. 106.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension für Rosa Faber, Witwe nach Friedrich Faber, Antsfers der Landes-Irrenanstalt Feldhof.

(Beilage Nr. 140.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Franz Graf Attems:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Petitions-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung eines 40prozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer.

(Beilage Nr. 195.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung einer Abgabe für Wein, Weinmost und Weinmaische.

(Beilage Nr. 227.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Judenburg.

(Beilage Nr. 243.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Stallner:
Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Genehmigung der Überlassung eines der Stadtgemeinde gehörigen Grundstückes für die Erbauung der II. Staatsrealschule.

(Beilage Nr. 244.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fejhrer:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeindeangelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsab schlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1911.

(Beilage Nr. 248.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. von Kaan:

Ich beantrage, diese Vorlage, ebenso wie die nachfolgenden Vorlagen, und zwar Nr. 249

Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1913, Beilage Nr. 274, Voranschlag der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1914 und endlich Beilage Nr. 275 Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Rechnungsab schlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonde im Jahre 1912

dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen.

Landeshauptmann: Ich habe zuerst zu fragen, ob gegen diese gemeinsame Behandlung der Vorlagen Nr. 248, 249, 274 und 275 ein Widerspruch erhoben wird. (Nach einer Pause): Es ist dies nicht der Fall. Wünscht jemand zum Zuweisungsantrag das Wort? (Nach einer Pause): Nachdem dies nicht der Fall ist, schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche diese vier bezeichneten Berichte des Landes-Ausschusses dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuweisen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Die Zuweisung ist beschlossen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesetzentwurfe, betreffend die Erhöhung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier.

(Beilage Nr. 277.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. von Kaan:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

Abg. Horvatek (M. B. Marburg): Hohes Haus! Es geht nicht an, bevor wir nicht genau über die Finanzlage des Landes unterrichtet sind, einen solchen Gegenstand ohne weiters einem Ausschusse zuzuweisen. Es ist unbedingt notwendig, daß wir zuerst wissen, ob überhaupt eine derartige Belastung des Volkes notwendig ist, ob es notwendig ist, die Biersteuer zu erhöhen. Wir haben gestern schon unsere Stellung gekennzeichnet, wir haben gestern schon ausdrücklich bemerkt, daß es nicht unsere Absicht ist, die Erfüllung der Wünsche der Lehrer zu verhindern. Unsere Stellung der Schule und den Lehrern gegenüber ist ja bekannt. Die sozialdemokratische Partei hat bei den verschiedensten Gelegenheiten schon durch ihre Tat bewiesen, daß sie eine Hebung der Schule will und wir wissen, daß eine Hebung der Schule ohne Hebung der wirtschaftlichen Lage der Lehrer nicht möglich ist. Die sozialdemokratische Partei hat z. B. schon in den neunziger Jahren die Sache der Lehrer

zur ihrigen gemacht. Die sozialdemokratische Partei hat im Parlamente bei wiederholten Gelegenheiten die Interessen der Lehrer kräftigst vertreten. Wir erklären hier ausdrücklich, daß, wenn wir uns gegen die Biersteuer aussprechen, wenn wir uns dagegen aussprechen, daß dieser Gegenstand jetzt dem Finanz-Ausschusse zugewiesen wird, wir damit durchaus nicht die Erfüllung der Wünsche der Lehrer verhindern wollen. Es ist ganz gut möglich, daß das, was wir für die Lehrer notwendig brauchen, auf eine andere Weise beschafft werden kann. . . (Rufe: „Auf welche!“) und wir sind gerne bereit, mitzuberaten, über die Mittel und Wege, wie die Lehrer zu ihrem Ziele kommen können und wir sind auch bereit, wenn man uns entgegenkommt, Vorschläge zu erstatten. Aber es geht nicht an, die gerechte Sache der Lehrer mit einer so unpopulären Sache, wie es die Biersteuer ist, zu verquicken. Es geht nicht an, die Not der Lehrer als Vorspann zu benützen, um die Masse des Volkes mit drückenden Lasten zu bedecken; ja es ist eine Erfahrung, daß man gerade bei der Branntweinsteuer und der Biersteuer wiederholt Gelegenheit nahm, die Lehrer als Vorspann zu benützen. Auch im Jahre 1899, als die Lehrer eine bescheidene Gehaltsregulierung bekamen, hat man die Sache wieder mit einer unpopulären Erhöhung der Auflage auf Branntwein verquickt. Jetzt will man das Gleiche mit der Biersteuer tun.

Man hat uns gestern den Vorwurf gemacht, daß wir eine Obstruktion gegen die Erhöhung der Lehrergehälter betreiben, das ist nicht der Fall. Wir sind gegen die Biersteuer, gerade wie wir gegen jede indirekte Besteuerung der breiten Masse des Volkes sind.

Und daß wir nicht allein stehen, das haben die Herren gestern durch ihren Zwischenruf bewiesen. Sie haben zugegeben, daß nicht alle deutschnationalen Städtevertreter für die Erhöhung der Biersteuer stimmen werden. Und als wir gesagt haben, dann haben Sie keinen Grund, uns einen Vorwurf zu machen, da haben Sie gesagt: „Das geht uns nichts an!“

Da können wir auch sagen: „Es geht die Herren nichts an, wenn wir diesen Standpunkt einnehmen.“

Es befindet sich übrigens unter Ihnen ein Städtevertreter, der Angehöriger des Schutzverbandes der Brauer ist. Wir sind überzeugt, daß ein Teil dieser Herren nicht für die Biersteuer stimmen werde (Zwischenrufe: „Aber wir stimmen ja für die Biersteuer!“) Wir haben diese letztere Erfahrung am 30. Dezember 1909 gemacht.

Auch da haben sich die Herren geteilt: Mit Hilfe eines Teiles der Deutschnationalen Partei haben die Deutschklerikalen und Slowenischklerikalen den Beschluß auf Erhöhung der Biersteuer durchgedrückt. Sie werden es auch dieses Mal so machen — ein Teil für und ein Teil gegen die Erhöhung der Biersteuer stimmen — weil die Erhöhung der Biersteuer nur auf diese Weise angenommen wird. Wenn wir gegen die Erhöhung der Biersteuer sind, so stehen wir nicht nur in diesem hohen Hause, sondern auch in der deutschen Bevölkerung nicht allein.

Hier habe ich eine Zeitung, die „Marburger Zeitung“, ein deutsches Blatt, Sie werden zugeben, daß dieses Blatt auf eine derb-kräftige Weise die Interessen des deutschen Bürgertums vertritt. Dieses Blatt steht bezüglich der Biersteuererhöhung auch auf unserem Standpunkt; das Blatt sagt, indem es den Deutschnationalen hier in diesem Hause Vorwürfe macht wegen der Zugeständnisse, die den Slowenen gemacht wurden, folgendes (liest):

„Die unmittelbare Folge der Vereinbarung mit den Slowenen wäre, daß eine neue schwere Steuerbelastung der deutschen Bevölkerung unseres Landes zutage tritt.“

Weiters sagt sie (liest):

„Wer aus anderen Quellen schöpfen konnte, wußte es schon geraume Zeit, daß die Mehrheit des Verbandes vor dem Umfalle steht, daß die einstigen, gar hoch und teuer beschworenen Versicherungen, man werde durch die mutwillige Obstruktion nichts erpressen lassen, an Glaubwürdigkeit alles verloren haben.“

Und wieder auf die Biersteuer zurückkommend, sagt dieses Blatt in dem Artikel (liest):

„Nicht nur im unmittelbaren Geben, im Vergeben einstiger Beteuerungen war man groß in Graz; auch in der Art, in welcher man für die neuen großen Geldforderungen Vorsorge treffen will, offenbarte sich die Tendenz, die neuen Lasten fast ausschließlich auf die Schultern der deutschen Bevölkerung zu laden, damit nur ja der „Slovenski Klub“ sich nicht beklagen könne über mangelnde deutsche Selbstlosigkeit. Die Bierauflage, die um 100 Prozent erhöht werden soll, wird fast nur von uns Deutschen getragen; die slowenische Landbevölkerung, die den Landwein und Schnaps trinkt, wird von dieser Erhöhung nur wenig berührt.“

Dieses Blatt, das eines der radikalsten Blätter in Steiermark ist, steht also in der Frage der Biersteuer auf unserer Seite. Sie werden das, was dieses Blatt schreibt — und dieses Blatt ist das Sprach-

rohr eines Ihrer Besten, des Abgeordneten **Wastian** — nicht als unrichtig und ungehörig bezeichnen.

Ich sehe, wir stehen nicht allein, wir haben hier im Hause Anhänger bezüglich unserer Gegnerschaft gegen die Biersteuer; wir haben auch außer dem Hause Anhängererschaft.

Es ist nicht zu übersehen, daß alle diejenigen, die heute glauben, Bier trinken zu müssen — ich betone das Wort „glauben“ — daß sie es glauben, hat schon gestern Kollege Dr. **Schacherl** hervorgehoben, bei jedem Glas Bier, das sie teuer bezahlen werden, an die Lehrer denken müssen, daß die Lehrer schuld daran sind, daß Sie dieses ihr sogenanntes flüssiges Brot verteuert haben. (Lebhafter Widerspruch.) Diesen Vorwurf wollen wir den Lehrern ersparen! (Abg. **Otter**: „Sie werden die Lehrer beim Glase Bier hochleben lassen!“)

Ich möchte den Herrn Abgeordneten **Otter** bitten, mit mir etwas Geduld zu haben, es ist ja eine der Haupttugenden der Lehrer, Geduld zu besitzen.

Ich werde gleich zu Ende sein. Wir führen nicht Obstruktion; wir hätten jetzt ja Gelegenheit gehabt, Obstruktion zu treiben. Wir hätten zu jedem Punkte der Tagesordnung sprechen können und Sie könnten bis in die späte Nacht hier sitzen. Wir haben ruhig gewartet bis zum letzten Punkt, weil dieser Punkt uns als der wichtigste erscheint.

Wir sagen, es geht nicht an, daß, wo wir nicht unterrichtet sind über die Finanzlage des Landes, eine Steuerfrage aus dem ganzen Komplex herausgerissen werde. Es ist notwendig, daß der Landes-Ausschuß ganz bestimmte Vorschläge bezüglich der finanziellen Gesundung des Landes hier dem hohen Hause unterbreite.

Wir erklären nochmals, wir sind für die Besserstellung der Lehrer, wir sind jederzeit, auch heute noch, bereit, an Beratungen teilzunehmen. (Zwischenrufe: „Aber ohne Geld!“ — Abg. **Kesel**: „Ja, der Wagnere als Lehrerfreund!“ — Zwischenruf: „Woher sollen wir das Geld nehmen?“ — Abg. **Kesel**: „Dafür können wir nicht, daß Sie so beschränkt sind und keine andere Steuer finden.“ — Große Unruhe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich muß die Herren bitten, sich solcher Äußerungen zu enthalten. (Abg. **Einspinner** zu Abg. **Kesel**: „Sie sind der ganz Gescheite!“ — Abg. **Kesel**: „An Gescheitheit nehme ich es mit Ihnen schon noch auf, Sie nichtswissender aufgeblasener Schreier! Solche Frösche, die sich

aufblähen!“) Ich muß die Herren nochmals entschieden ersuchen, bei der Sache zu bleiben.

Abg. **Horvatek** (fortfahrend): Ich hätte gedacht, daß der Herr Abgeordnete **Einspinner**, der sich schon gestern bezüglich der Abstinenzfrage blamiert hat, sich heute nicht wieder blamiert. (Abg. **Einspinner**: „Ich habe mich nicht blamiert.“) Wir sind auch heute noch bereit, uns mit den Herren zu Tische zu setzen, an Beratungen teilzunehmen und sogar Vorschläge zu machen.

Das Geld für die Lehrer kann gefunden und muß gefunden werden. Aber auf einem anderen Wege als den der Biersteuer.

Wir beantragen daher, daß dieser Punkt heute von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Landeshauptmann: Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Antragsteller hat daher das Schlusswort!

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. von **Raan**: Die Einwendungen, welche der Herr Abgeordnete **Horvatek** gegen die beantragte Zuweisung erhoben hat, hätten einen Sinn und wären begründet, wenn man heute den Antrag gestellt hätte, die Bierauflage im Wege der Plenarberatung durchzubringen. Man kann einen so weittragenden Beschluß nicht fassen, bevor man nicht volle Klarheit über die Notwendigkeit einer derartigen, wie ich ganz offen zugebe, in mancher Hinsicht odiosen Steuer geschaffen hat. Der Ort, diese Prüfung vorzunehmen, ist aber eben der Finanz-Ausschuß. Dort ist Gelegenheit, zu untersuchen, ob nicht eine andere Erhöhung der Landes-Einnahmen möglich wäre. Dort ist auch der Platz für die vom Herrn Abg. **Horvatek** leider nur in Aussicht gestellten Vorschläge der Erschließung solcher neuen Einnahmen für das Haus.

Ich habe mich mit den steirischen Landesfinanzen sieben Monate pflichtgemäß in eingehender Weise beschäftigt und bin zur Überzeugung gelangt, daß einerseits die Beschaffung der Mittel für die Erhöhung der Gehalte der Lehrerschaft gegenwärtig nur durch die Erhöhung der Bierauflage möglich ist, wenn wir nicht in naher Zeit dorthin gelangen wollen, wo das Land Böhmen heute hält. Und dies wird wohl keiner der Herren in diesem Hause wollen. Es bleibt sonst nur übrig, die Lehrerschaft auf die noch immer problematischen Zukunftshoffnungen des kleinen Finanzplanes zu vertrösten.

Daran konnte man so lange denken, als die Erledigung des kleinen Finanzplanes in naher Aussicht stand. Aber die Erfahrungen, die wir in diesem Jahre

gemacht haben, zeigen leider das Gegenteil. Der Wechsel auf den kleinen Finanzplan ist ein sehr unsicherer, und wenn er auch einmal eingelöst wird, so ist es gewiß, daß die Lehrerschaft in ihrer heutigen Notlage nicht so lange warten kann. Es war daher Pflicht des Landes-Ausschusses, eine Bedeckung für diese Mehrauslage zu suchen und diese Bedeckung konnten wir nur in der Erhöhung der Bierauslage finden. Ich bitte, welche Einnahmen hätte das Land noch zur Verfügung? Die Erhöhung der Umlagen? Diese ist leider ebenso odios wie die Bierauslage. (Dr. Schacherl: „Nicht alle!“) Der Herr Abgeordnete denkt bei diesem Zwischenruf offenbar an die Ausschaltung der Hauszinssteuer. Eine solche wäre aber fast gleichbedeutend mit der Aufhebung der Wirkung der Erhöhung. Das käme daher von vornherein nicht in Betracht. Die Hauszinssteuer macht eben über ein Drittel der umlagepflichtigen direkten Steuern aus. Ganz abgesehen davon, daß eine Differenzierung in einem solchen Maße kaum auf die Sanction der Regierung rechnen könnte. Was hätten wir noch an sonstigen Einnahmequellen? Wir haben nach solchen an allen Ecken und Enden gesucht und geschürft. Ich erinnere z. B. an das Projekt der Besteuerung von Erzen und sonstigen Naturprodukten, da sind wir aber auf ein entschiedenes Veto der Regierung gestoßen, welches heute noch so besteht, wie damals. Es ist dies ja das Elend der autonomen Finanzwirtschaft, daß, während der Kreis der Pflichten und deren Ausmaß fortgesetzt wächst, die Bedeckungsmöglichkeiten in der engsten Weise begrenzt und zugeschnitten sind. Ich möchte der Erörterung im Finanzausschusse nicht vorgreifen, aber spreche heute schon die Überzeugung aus, daß der Finanz-Ausschuß, und wenn er nicht eine Woche, sondern ein Jahr tagen würde, auch zu keinem anderen Ergebnisse kommen könnte, daß, abgesehen von den unsicheren Überweisungen, heute nur die Erhöhung der Bierauslage die einzige Möglichkeit bietet, den Bedürfnissen der Lehrerschaft gerecht zu werden. Ich bitte daher, für den Zuweisungsantrag zu stimmen. (Beifall.)

Landeshauptmann: Ich habe mich früher falsch ausgedrückt, indem ich dem Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. von Raan als Antragsteller das Wort gegeben habe, ich hätte sagen sollen als Bericht-erstatte.

Es hat sich Herr Abgeordneter Kessel zum Worte gemeldet, ich frage das hohe Haus, ob die Debatte wieder eröffnet werden soll. (Abg. Kessel: „Das ist sehr bequem!“)

Ich bitte sehr, es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet und ich habe dann dem Herrn Bericht-erstatte das Schlußwort erteilt. Ich habe als Vorsitzender dasjenige getan, was ich in diesem Falle zu tun verpflichtet bin; ich werde das Haus befragen, ob die Wiedereröffnung genehmigt wird.

Ich habe gewiß kein Interesse daran, die Debatte in diesem Falle zu beschränken. (Zwischenruf: „Es hat überhaupt keine Debatte stattzufinden.“)

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Wieder-aufnahme der ersten Lesung bei der Zuweisung dieser in Rede stehenden Vorlage genehmigen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Abge-lehnt!

Abg. Kessel (N. W. Graz): Ich ersuche um das Wort zur Geschäftsordnung zu dem vom Abgeordneten Horvatek gestellten Antrage.

Landeshauptmann: Es ist das ein solcher geschäftsordnungsmäßiger Antrag, der ohne weitere Debatte zur Abstimmung gelangen wird. Ich kann Ihnen auch in diesem Falle das Wort nicht erteilen.

Abg. Kessel (N. W. Graz): Auch nicht richtig!

Landeshauptmann: Ich bitte, mir den Paragraphen der Geschäftsordnung zu nennen, gegen den ich mich vergangen habe. (Abg. Kessel: „Handhaben Sie die Geschäftsordnung, wie sie ist, und wir werden uns darnach richten! Sie machen es ja immer besser!“ Das ist ja noch nicht da gewesen!“ — Abg. Dr. von Raan: „Wir können alle das Wort darauf geben, daß der Herr Landeshauptmann gefragt hat.“ — Große Unruhe.)

Es ist der Antrag gestellt, die Vorlage Nr. 277 von der Tagesordnung heute abzuheben. Diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Nach einer Pause:) Der Antrag erscheint nicht angenommen. Ich bringe den Zuweisungsantrag des Herrn Dr. von Raan zur Abstimmung, wonach die Beilage Nr. 277, Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses zum Gesekentwurf, betreffend die Erhöhung der Landes-Auslage auf den Verbrauch von Bier, dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen ist. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Nach einer Pause:) Der Antrag erscheint angenommen.

Hiermit wäre die Tagesordnung erledigt.

Herr Dr. Berstovsek hat sein Amt als Schrift-führer niedergelegt. Er ist hierzu nach der Geschäfts-

ordnung voll berechtigt, und ich habe an seine Stelle eine Ersatzwahl einzuleiten, die ich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen werde. Der Herr Abgeordnete und Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. von Raan hat seine Ausschußmandate sowohl im Finanz- als im Eisenbahn-Ausschuß zurückgelegt und auch hierzu sind Ersatzwahlen erforderlich.

Die nächste Sitzung beantrage ich für Montag den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Auf die **Tagesordnung** beabsichtige ich zu setzen:

1. Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abgeordneten Dr. Berstovšek.

2. Wahl eines Mitgliedes in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. von Raan.

3. Wahl eines Mitgliedes in den Eisenbahn-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Dr. von Raan.

4. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Hauses Nr. 13 in der Burzgasse in Graz und dessen dauernde Widmung zur Unterbringung des steiermärkischen Gewerbeförderungs-Institutes. (Beilage Nr. 28.)

5. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die definitive Systemisierung der Gärtnerstelle an der Landes-Ackerbauschule in Grottenhof. (Beilage Nr. 45.)

6. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Zuweisung des Genossenschafts-Instruktors Fritz Schneider zur Dienstleistung beim Verbande der Murbodner Viehzuchtgenossenschaften. (Beilage Nr. 46.)

7. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Landes-Rebenmusteranlage im Gerichtsbezirke Schönstein. (Beilage Nr. 70.)

8. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Trennung der Marktgemeinde Eggenberg. (Beilage Nr. 102.)

9. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Reorganisation der Landes-Berg- und Hütteneschule in Leoben. (Beilage Nr. 110.)

10. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gehaltsregulierung der an den öffentlichen Krankenhäusern in Steiermark außer Graz angestellten Ärzte. (Beilage Nr. 111.)

11. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Besetzung der Direktorstelle am Statistischen Landesamte. (Beilage Nr. 113.)

12. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend einige Abänderungen des Statuts für die Landes-Kunstschule. (Beilage Nr. 114.)

13. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Verlängerung der Wirksamkeit der histori-

schen Landes-Kommission für Steiermark. (Beilage Nr. 115.)

14. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Stainach im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 155 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 220.)

15. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Nigen im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 160 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 221.)

16. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Donnersbach im Gerichtsbezirke Jrdning um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 161 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 222.)

17. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Einach im Gerichtsbezirke Murau um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 260 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 226.)

18. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürger-schulen in Steiermark. (Beilage Nr. 230.)

19. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Padeschberg im Gerichtsbezirke Gonobitz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 274 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 237.)

20. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über das Ansuchen der Ortsgemeinde Peterdorf im Gerichtsbezirke Obermölz um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Gemeindeumlage von 154 Prozent im Jahre 1913. (Beilage Nr. 238.)

21. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der von der Kompetenz zur Bewilligung der Einhebung von Gemeindezuschlägen zu den direkten Steuern handelnden Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Oktober 1905, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 105. (Beilage Nr. 239.)

22. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend Systemisierung einer Dienerstelle an der Landes-Kunstschule. (Beilage Nr. 240.)

23. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend das Armenwesen im Jahre 1910. (Beilage Nr. 245.)

24. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Ankauf des Schagergutes in Weng und den Verkauf des Kernauergutes sowie der Grabnerwiese in Weng. (Beilage Nr. 276.)

25. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Einführung einer Landes- und Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften. (Beilage Nr. 278.)

26. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Verteilung von unverzinslichen Wein- gartendarlehen. (Beilage Nr. 279.)

27. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtsprache in St. Georgen an der Südbahn. (Beilage Nr. 280.)

28. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Aufnahme eines Landes-Anlehens. (Beilage Nr. 285.)

29. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf eines Teiles der früher für das allgemeine Krankenhaus in Verwendung gestan-

denen Liegenschaften (R.-Nr. 15 in der Paulustorgasse). (Beilage Nr. 286.)

30. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Tuberkulosenheilstätte für Frauen und Kinder. (Beilage Nr. 287.)

31. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Gewährung von Gnadengaben, beziehungsweise Gnadenpensionen an gewesene Lehrpersonen und deren Hinterbliebene. (Beilage Nr. 289.)

Ist hinsichtlich des von mir für die Abhaltung der nächsten Sitzung in Vorschlag gebrachten Tages, der für den Beginn der Sitzung in Aussicht genommenen Stunde und der mitgeteilten Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn sich keiner der Herren zum Worte meldet, so bleibt es dabei.

Ich habe bekanntzugeben, daß heute nach der Hausitzung sich der Finanz-Ausschuß, versammelt. Auf der Tagesordnung steht: Wahl eines ersten Obmannstellvertreters und Zuweisungen.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 55 Minuten mittags.)

